



Pfäffikon, 13. Februar 2022

Pandemie hat Grenzen aufgezeigt

Mittels Postulat fordert die SP Kanton Schwyz, die Behandlungskapazitäten in stationären Einrichtungen mittel- und langfristig zu erhöhen. Ferner befürwortet sie den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen. Zudem fordert die SP-Fraktion die Gleichbehandlung von Schweizer:innen und Ausländer:innen hinsichtlich Umzugsgebühren, genügend finanzielle Mittel für die Feuerwehren sowie ein Umdenken in der Verkehrspolitik.

Die SP Fraktion begrüsst die in der Antwort des Regierungsrates aufgelisteten Massnahmen, die getroffen wurden, um während der Pandemie Behandlungseingänge in stationären Gesundheitseinrichtungen zu vermeiden. «Die Hauptproblematik der fehlenden Pflegefachkräfte insbesondere auf den Intensivstationen wird von der Regierung allerdings zu wenig aktiv angegangen», kritisiert Arzt und SP-Kantonsrat Antoine Chaix (Einsiedeln). Hintergrund dieser Aussage ist die Tatsache, dass während der Pandemie deswegen nicht alle IPS-Plätze im Kanton betrieben werden konnten. Chaix verlangt: «Wir erwarten vom Regierungsrat, dass er Lösungen für diese komplexe Problematik sucht, statt sich mit der Situation abzufinden.»

Preis ist nicht einziges Kriterium

Der Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) ist sinnvoll. «Soziale und ökologische Kriterien erhalten mehr Gewicht, was uns als SP wichtig ist», erläutert SP-Kantonsrat Guy Tomaschett (Freienbach). Zudem vereinfacht die Rechtsgleichheit mit den anderen Kantonen das Beschaffungswesen und wirkt Einsparungen entgegen. Weiter lehnt die SP-Fraktion den Kommissionsminderheitsantrag zu §3 ab, weil das öffentliche Verfahren bei tieferen Beträgen mehr Transparenz und Professionalität mit sich bringt.

Gleiche Gebühren für alle bei einem Umzug innerhalb des Kantons

Ausländer:innen zahlen beim Umzug innerhalb des Kantons Schwyz höhere Gebühren als Schweizer Staatsangehörige. Die SP fordert mittels Postulat, dass in Zukunft nicht mehr die Farbe des Passes über Gebührenhöhe entscheiden soll. „Für die Betroffenen ist es schwer nachzuvollziehen, weshalb für sie zusätzliche Kosten entstehen“, bringt es SP-Kantonsrat Jonathan Prelicz (Arth) auf den Punkt, «spätestens seit der Einführung von „eUmzug“ ist diese Ungleichbehandlung nicht mehr zu rechtfertigen.“ Durch den digitalen Fortschritt sollten die verschiedenen Ämter in der Lage sein, mit einigen wenigen Mausklicks die nötigen Daten zu übermitteln. Die zusätzliche Meldegebühr generiert ferner für den Staat kaum einen grossen Einnahmeeffekt und kann folglich problemlos gestrichen werden.

Feuerwehren ausreichend finanzieren

Die Feuerwehr im Kanton Schwyz wurde durch die Sparmassnahmen des Kantons offensichtlich hart getroffen. SP-Kantonsrat Franz Camenzind (Einsiedeln) hält fest: «Diese Kahlschlagpolitik der letzten Jahre schlägt sich empfindlich auf die Qualität der Vorhalteleistung der Sicherheitsstützpunkte im Kanton nieder.» Auch die Ausbildungen in den Corps in Gemeinden und Bezirken leiden stark unter den massiven Einsparungen. In den Antworten des Kantons auf eine entsprechende Interpellation lässt sich leider kein Bedarf nach Besserung lesen, weshalb Handlungsbedarf, also eine Erhöhung der finanziellen Mittel, angezeigt ist.

Elektroautos lösen die Klimakrise nicht

Die SP kann nicht verstehen, wie der Regierungsrat für sechs Strassenbauprojekte im Kanton Schwyz insgesamt zwei Milliarden Franken ausgeben will. Wissenschaftliche Erkenntnisse, aber auch die Realität, zeigen, dass neue Strassen und Strassenausbauten einzig dazu führen, dass es immer mehr Strassenverkehr gibt und Staus höchstens verlagert werden. «Der Regierungsrat nimmt schulterzuckend in Kauf, dass die Schweiz ihre Reduktionsziele bei den Klimaabgasen nicht erfüllt und setzt sich dafür auch keine Ziele», zeigt sich SP-Kantonsrat Andreas Marty (Arth) enttäuscht. Eine Lösung sieht er einzig bei der Elektrifizierung der Fahrzeuge. Doch diese dauert noch viel zu lange und die Klimaziele im Verkehrsbereich können nicht einzig dadurch erreicht werden, wenn man beispielsweise an die ressourcenaufwändige Produktion denkt. Marty ist sich sicher: «Es braucht insgesamt eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs, den dazu notwendigen politischen Willen und entsprechende Massnahmen.»

SP Kanton Schwyz